
E-CARD-EINFÜHRUNG WIRD BEI ÄRZTEN KEINE AKZEPTANZ FINDEN

eur Berlin, 19. Mai 2010 – Zur Ablehnung des Projektes „Elektronische Gesundheitskarte“ durch den 113. Deutschen Ärztetag erklärt der Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands:

Wir begrüßen das Votum des Deutschen Ärztetages. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem die Betreibergesellschaft gematik versucht, Ärzte und Versicherte mit einer abgespeckten Variante der elektronischen Gesundheitskarte (eGk) zu überrumpeln, haben die Delegierten mit ihrer sachlich begründeten und sensiblen EntschlieÙung ein Zeichen gesetzt.

Durch eine verpflichtende Online-Anbindung der rund 92.000 Arztpraxen in Deutschland soll vor Ort der internetbasierte Stammdatenabgleich der elektronischen Gesundheitskarte stattfinden. Dies ist – nach der Praxisgebühr – eine weitere administrative Aufgabe, die von den Krankenkassen in die Arztpraxen verlagert wird. Das Management von Versichertendaten hat in der Arztpraxis nichts verloren. Es kostet Zeit und Geld, das in der Patientenversorgung fehlt. In Zeiten drohenden Ärztemangels ist dieses Vorhaben kontraproduktiv.

Der NAV-Virchow-Bund hatte die Erwartung, dass die Regierung ihr Versprechen einlöst, in einem Moratorium zur elektronischen Gesundheitskarte die zugesagte Evaluation der bisherigen Ergebnisse unter Einbeziehung der vielfältigen Stellungnahmen seitens der Ärzteschaft und eine ergebnisoffene Prüfung alternativer Lösungen vornimmt. Vom Einsatz von Alternativen wie der USB-Technologie ist nun keine Rede mehr.

Nach wie vor liegt keine positive und transparente Kosten-Nutzen-Risiko-Kalkulation für das Projekt vor. Deshalb unterstützt der NAV-Virchow-Bund den Deutschen Ärztetag in seiner Forderung, die Ausgabe von elektronischen Gesundheitskarten nicht weiter zu forcieren. Die bisherigen Praxistests haben keinen Hinweis auf einen unmittelbaren Nutzen der Karte geliefert. Zugleich ist damit zu rechnen, dass sich die Finanzkrise in absehbarer Zeit auch auf die Sozialversicherungen auswirken wird. Dann werden die Beitragsgelder für die Versorgung von Kranken benötigt, nicht für fragwürdige technologische Experimente.

Insgesamt wird die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte rund 5,4 Milliarden Euro kosten, wie die Unternehmensberatung Booz-Allen-Hamilton im Auftrag der gematik ermittelt hat. Unter diesen Umständen ist es fahrlässig, ein fragwürdiges Projekt mit öffentlichen und Versicherten-Geldern und gegen Widerstände von Patienten und Ärzten durchzusetzen.

Der NAV-Virchow-Bund ist der einzige freie ärztliche Verband, der ausschließlich die Interessen aller niederlassungswilligen, niedergelassenen und ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzte aller Fachgebiete vertritt.